

Mündliche Anfragen

zur 10. Fragestunde

in der 41. Plenarsitzung vom 23. Juni 2022

1. Anfrage des Abg.
Nikolai Reith FDP/DVP

Eingang: 12.5.2022

Novellierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes für Baden-Württemberg angesichts der Reform des SGB VIII

- a) Wie ist der aktuelle Sachstand zur Novellierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes für Baden-Württemberg, die angesichts der Reform des SGB VIII auf Bundesebene notwendig wird?
- b) Bis wann plant die Landesregierung den vollständigen Abschluss der Novellierung auf Landesebene?

2. Anfrage des Abg.
Dr. Erik Schweickert
FDP/DVP

Eingang: 18.5.2022

Einsatz neuer Doppelstockzüge auf der Residenzbahn ab 2025

- a) Aus welchen Gründen sollen ab 2025 Doppelstockzüge mit einer Einstiegshöhe von 76 cm auf der Residenzbahn eingesetzt werden, obwohl beispielsweise im Enzkreis bis auf den Kombibahnsteig in Niefern keine Bahnsteige mit dieser Höhe existieren und die Landesregierung noch vor wenigen Jahren eine Einstiegshöhe von 55 cm als „auf der Residenzbahn sehr sinnvoll“ bezeichnet hat (vgl. Drucksache 16/2551)?
- b) Inwiefern führt die geplante Umstellung auf eine Einstiegshöhe von 76 cm nun dazu, dass mittelfristig alle Bahnsteige an der Residenzbahn gegebenenfalls auch als Kombibahnsteig auf eine Höhe von 76 cm umgebaut werden müssen oder sollen?

3. Anfrage des Abg.
Nikolai Reith FDP/DVP

Eingang: 23.5.2022

Förderprogramm „Innenstadtberater“

- a) Welche Zwischenbilanz zieht die Landesregierung bei der Förderung der Innenstadtberater im Rahmen des Dialogprojekts „Handel 2030“?
- b) Plant sie die erneute Anmeldung dieses Förderprogramms für den Doppelhaushalt 2023/2024?

4. Anfrage des Abg.
Dr. Erik Schweickert
FDP/DVP
Eingang: 24.5.2022
- Coronasoforthilfe**
- a) Was genau ist das Ergebnis der Prüfung der Landesregierung, den Betrachtungszeitraum zur Berechnung einer möglichen Rückzahlung der Coronasoforthilfe auf den Ersten des Monats der Antragstellung oder ein mögliches anderes Datum (sogenannte Stichtagsregelung) zu ändern?
- b) Was sind die Hintergründe, dass dieser Prüfprozess monatelang gedauert hat, insbesondere vor dem Hintergrund der Situation in anderen Bundesländern und der Information, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bereits vor Wochen keine Einwände zu einer neuen Stichtagsregelung erhoben hat?
5. Anfrage des Abg.
Daniel Born SPD
Eingang: 9.6.2022
- Neukonzeption des Orientierungsplans und Kosten der verbindlichen Umsetzung**
- a) Inwiefern werden die neuen Qualitätsstandards für die frühkindliche Bildung, die im Rahmen der Neukonzeption des Orientierungsplans formuliert werden, verbindliche Anwendung in den Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege in Baden-Württemberg finden?
- b) Welche Kosten – mit Angaben zu den unterschiedlichen Kostenstellen bzw. Berechnungsgrößen – werden den Berechnungen der Landesregierung zufolge mit der verbindlichen Umsetzung des neuen Orientierungsplans einhergehen?
6. Anfrage der Abg.
Carola Wolle AfD
Eingang: 14.6.2022
- Einrichtungsbezogene Impfpflicht – Ermessensspielraum zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit**
- Bei wie vielen ungeimpften Mitarbeitern in Pflege- und Gesundheitseinrichtungen wurde auf eine Androhung von Bußgeld und Betretungsverbot angesichts des Ermessensspielraums zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit verzichtet?
7. Anfrage des Abg.
Miguel Klauf AfD
Eingang: 14.6.2022
- Auswirkung hoher Spritkosten auf die Sicherstellung von Fahrdiensten**
- a) Inwieweit führen die gestiegenen Kraftstoffpreise zu einer Einschränkung von Transporten mobilitätseingeschränkter Patienten im Land, beispielsweise im Rahmen von Dialysefahrten?
- b) In welchem Ausmaß rechnet die Landesregierung im Jahr 2022 mit Mehrkosten oder einer Notwendigkeit von Kürzungen der vom Land finanzierten oder mitfinanzierten Mobilität, etwa im Bereich der Patientenbeförderung, beim öffentlichen Nahverkehr oder bei der Schülerbeförderung, aufgrund der gestiegenen Treibstoffpreise?
8. Anfrage der Abg.
Dr. Dorothea Kliche-Behnke
SPD
Eingang: 14.6.2022
- Landesförderung „Trägerspezifische innovative Projekte (TiP)“**
- a) Ist die Landesregierung bereit, das in Tübingen laufende Projekt „MigSpra³⁺“ (Migration und Sprachkompetenz hoch drei) um mindestens ein weiteres Jahr zu finanzieren?
- b) Welche Möglichkeiten sieht sie, um Förderprojekte wie in Tübingen, die darauf abzielen, mit Kreativität und Diversität dem Fachkräftemangel in den Kindertageseinrichtungen entgegenzutreten, in eine Dauerfinanzierung zu überführen?

9. Anfrage der Abg.
Katrin Steinhilb-Joos SPD

Eingang: 15.6.2022

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule

- a) Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab 2026, um bereits jetzt die notwendigen personellen Ressourcen aufzubauen?
- b) Wie plant die Landesregierung, bis 2026 Qualitätsstandards in der Ganztagschule verbindlich umzusetzen und den rhythmisierten Ganztags in der Grundschule im Rahmen des Rechtsanspruchs flächendeckend auszubauen?